



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Zwanzig Jahre

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Zwanzig Jahre



Am 24. April 1884 beauftragte Fürst Bismarck telegraphisch den Konsul des Deutschen Reichs in Kapstadt, der Kapregierung zu erklären, daß der Kaufmann Lüderitz und seine Niederlassung in Angra Pequena unter dem Schutz des Reichs stehe. Das Jahr 1884 ist das eigentliche Geburtsjahr der deutschen Kolonialpolitik, und speziell jener 24. April mit seinem überraschend wirkenden Telegramm ist mehrfach als deren eigentlicher Geburtstag bezeichnet worden. Das ist nun zwar nicht ganz zutreffend, denn schon am 4. Februar 1883 hatte das deutsche Auswärtige Amt in London angefragt, ob die englische Regierung das Lüderitzsche Unternehmen schützen könne, nachdem drei Jahre zuvor die englischen Behörden vor den Hereros das Land geräumt hatten. Lord Granville erklärte unter dem 23. Februar diesen Schutz für unmöglich. Dann ruhte die Sache anscheinend, bis Deutschland am 12. November die Anfrage stellte, ob England auf Angra Pequena Ansprüche erhebe. Lord Granville erwiderte am 23. November stolz, England halte eine fremde Kolonie an der Westküste Afrikas für einen Eingriff in die Rechte Englands. Als in weiterer Korrespondenz die Antwort Englands ausblieb und die Kapregierung Schwierigkeiten machte, erging am 24. April jenes Telegramm, das wie ein heizerfrischendes Trompetengeschmetter durch Deutschland klang. Die Kapkolonie antwortete mit einer Annexion der Küste bis zur Walfischbai, Deutschland lehnte am 4. Juni die Anerkennung ab, und nach längern Verhandlungen erfolgte am 22. Juni der Beschluß der englischen Regierung, das deutsche Protektorat anzuerkennen.

Inzwischen erschienen der deutsche Kreuzer „Elisabeth“ und das Kanonenboot „Wolf“ an der Küste und stellten am 7. August das Gestade vom Drangefluß bis Kap Frio mit Ausnahme der Walfischbai unter deutschen Schutz, endlich nach mehrfachem Hin und Her begrüßte am 22. September die englische Regierung Deutschland als Nachbar in Südwestafrika; es geschah dies durch eine vom englischen Geschäftsträger in Berlin überreichte Note.

Das ist, in großen Strichen, die diplomatische Vorgeschichte der Erwerbung unsers südwestafrikanischen Schutzgebiets, das in diesem Augenblick wiederum zum Gegenstand unsrer besondern Sorge geworden ist. Man kann in Deutschland wohl die Frage aufwerfen, woher ist es gekommen, daß wir

heute dort noch so in den Anfängen stehn? Daß nach zwanzig Jahren unfre Position in diesem Lande noch nicht so gefestigt und geschützt ist, daß sie den Farmern und den kleinern Militärposten Schutz und Sicherheit gegen Negeraufstände gewährt? Gewiß ist Südwestafrika in seiner Entwicklung noch sehr weit zurück, und die Anzeichen einer wirtschaftlichen Hebung des Landes in größerem Stil beschränken sich immer noch mehr auf Hoffnungen als auf Tatsachen. Aber es ist nicht zu verkennen, daß nachdem im Jahre 1891 Graf Caprivi getreu seinem Ausspruch: „Je weniger Afrika, desto besser“ den Verkauf der Kolonie an England ernstlich in Angriff genommen wissen wollte, von 1894 ab unverkennbar große Fortschritte eingetreten sind.

Windhuk, die Hauptstadt des Landes, hat sich stattlich entwickelt, mehr fast noch Swakopmund, das im Jahre 1894 ein völlig öder, wegen der Brandung kaum zu erreichender Strand war und heute ein ganz ansehnlicher Ort mit stattlichem Molenbau, Hotels und Kaufhäusern, der Ausgangspunkt der Eisenbahn in das Innere und demgemäß auch der Ein- und Ausgangspunkt für den gesamten Verkehr nach Europa ist, mit diesem durch Kabelanschluß verbunden. Aller Anfang ist schwer, und das ganz besonders auf einem so öden Strande, wie die dortige Küste. Zwei unternehmende junge Deutsche, die 1894 auf dem einsamen Strande landeten, konnten nur mit Hilfe von Matrosen an Land kommen und ihr Zelt aufschlagen. Heute sitzt der eine von beiden als Rechtsanwalt und Herausgeber der „Südwestafrikanischen Zeitung“ dort, der andre hat sieben Jahre lang als Vertreter der Kolonialgesellschaft für Südwestafrika an dem Erblühen von Swakopmund einen hervorragenden Anteil genommen.

Von großem Einfluß ist sodann der Eisenbahnbau gewesen, den bekanntlich die Berliner Eisenbahntuppe geleitet und zum großen Teil auch ausgeführt hat. Leider scheint es der Bahn an hinreichendem Ausrüstungsmaterial, an Maschinen und an geschultem Personal zu fehlen. Schon die Erbauung als Schmalspurbahn war nicht ohne Bedenken und nur der Scheu entsprungen, für den gewollten Zweck auch die nötigen Mittel einzusetzen. Neben der Eisenbahn ging auch die Post kolonisierend vor; die Zahl der Postanstalten im Schutzgebiet ist im Etat für 1904 auf 32 angegeben. Mitten in diese Entwicklung hinein fällt nun der Hereroaufstand, der vor allen Dingen erkennbar macht, daß die militärischen Machtmittel im Lande, gleichfalls der übeln Laune des Reichstags zuliebe, ganz unzureichend sind. Es wiederholt sich die alte Erfahrung, daß die zur Unzeit und am unrichtigen Orte gemachten Erparnisse in solchem Augenblick zehnfach ausgegeben werden müssen.

Als Fürst Bismarck nach dem Fehlschlag in der Samoasache damals eine deutsche Kolonialpolitik wieder aufnahm, ging er dabei von Voraussetzungen aus, die der spätern tatsächlichen Entwicklung nur teilweise entsprochen haben. Er hoffte, daß sich die großen Kaufleute, daß sich namentlich die Hansastädte der Sache bemächtigen, größere Unternehmungen begründen und auf Grund Kaiserlicher Frei- oder Schutzbriefe in eigener Verwaltung führen würden. Die Beteiligung des Reichs mit Ausübung staatlicher Hoheitsrechte dachte er sich sehr gering, lehnte sie zum Teil sogar ausdrücklich ab. Die Veranlassung, einer

Protectoratsfrage überhaupt näher zu treten, bot ihm der Umstand, daß zu Anfang 1883 zwischen Frankreich und England eine Übereinkunft geschlossen wurde über eine bei neuen Besitzergreifungen auf der Sierra-Leoneküste zu beobachtende Grenzlinie und über die gegenseitige Behandlung ihrer Untertanen in den beiderseitigen westafrikanischen Besitzungen. Durch Erlaß vom 14. April 1883 wurde daraufhin der Gesandte von Rufferow in Hamburg beauftragt, die Senate der freien Hansestädte zu befragen, ob und welche Wünsche der hanseatische Handelsstand wegen seines Schutzes und seiner Vertretung im Verkehr mit Westafrika hege. Lübeck hatte keine Beziehungen zu Westafrika, Bremen ungeachtet einiger Handelsbeziehungen keine besondern Wünsche, sehr eingehend war dagegen die Hamburger Antwort auf Grund einer Denkschrift der Hamburger Handelskammer vom 6. Juni 1883. Sie regte in klarer sachlicher Sprache ein politisches Vorgehn Deutschlands als dringend erwünscht an und empfahl die Erwerbung der spanischen Insel Fernando Po als Flottenstation, sowie eines Küstenstrichs am gegenüberliegenden Festlande. Diese Denkschrift ist vielleicht als der eigentliche Ausgangspunkt und als die Grundlage unsrer Kolonialpolitik anzusehen. Als der Kronprinz Ende 1883 nach Madrid ging, wurden dort Verhandlungen wegen Fernando Po gepflogen, deren praktisches Ergebnis allerdings nie recht bekannt geworden ist. Spanien soll die Errichtung eines Marine- und Kohlendepots zugestanden haben, ein Gebrauch ist deutscherseits davon nicht gemacht worden. Im Fortgang der Verhandlungen mit Hamburg wurde der Generalkonsul Dr. Nachtigal mit Vollmachten und einer später der Öffentlichkeit übergebenen Instruktion versehen, an bestimmten Küstenstrichen Westafrikas zum Schutze des deutschen Handels Freundschafts-, Handels- und Schutzverträge abzuschließen.

Die Hamburger Firmen waren inzwischen verständigt worden, sich durch Verträge über Landerwerb und deutschen Schutz mit den Häuptlingen der Küste die Küstenstriche zu sichern. Am 27. Juni entwickelte Fürst Bismarck dem Reichstage sein kolonialpolitisches Programm in einer oft zitierten Rede, später folgten noch Verhandlungen in Friedrichsruh mit den Inhabern der interessierten Hamburger Firmen. Fürst Bismarck lehnte sowohl die Flottenstation auf Fernando Po wie jede Gebietserweiterung aus Reichsmitteln ab, von einer eignen kolonialpolitischen Tätigkeit des Reichs wollte er nichts wissen; er beharrte bei dem Grundsatz, daß der Handel die Bahn zu brechen, die Flagge ihm schützend zu folgen habe. Seitdem hat uns nicht nur die kolonialpolitische Entwicklung zur Zeit Bismarcks, sondern namentlich auch der Erwerb und das schnelle Aufblühen von Kiautschou gelehrt, daß die Flagge voranzugehn und den Kreis der deutschen Interessen, die Interessensphäre militärisch zu sichern hat, der Handel und andre Unternehmungen folgen ihr dann schon, sobald sie sich sicher und geschützt wissen, wie wir das jetzt in Schantung sehen. In frühern Jahrhunderten konnte es dem Handel überlassen bleiben, auch kolonialpolitisch die Bahn zu brechen; namentlich England und die Niederlande sind auf diese Weise vorgegangen, es war der regierende Kaufmann, nicht der Seeoffizier oder der Beamte, der für diese Staaten die großen kolonialpolitischen Erwerbungen machte, auch waren damals Handel und

Kolonialpolitik noch identische Begriffe. Deutschland scheint das traditionell nicht gegeben zu sein, denn als der Große Kurfürst in Westafrika festen Fuß fassen wollte, sandte er einen Major (v. d. Groeben) und Soldaten hinüber, die das Fort Groß-Friedrichsburg bauten. Fürst Bismarck aber sagte in seinem kolonialpolitischen Glaubensbekenntnis: „Unsre Absicht ist nicht, Provinzen zu gründen, sondern kaufmännische Unternehmungen, aber in der höchsten Entwicklung, auch solche, die sich eine Souveränität, eine schließlich dem Deutschen Reiche lehnbar bleibende, unter seiner Protektion stehende kaufmännische Souveränität erwerben, zu schützen in ihrer freien Entwicklung, sowohl gegen die Angriffe aus ihrer unmittelbaren Nachbarschaft, als auch gegen Bedrückung und Schädigung von seiten europäischer Mächte.“ Nun, dieser Versuch ist zweimal gemacht worden: mit der ostafrikanischen Gesellschaft und der Neu-Guineakompagnie. Die erste, mit zu geringen Mitteln ausgestattet und ungenügend geleitet, erlag dem Aufstande, und Ostafrika ist heute vollständig Kronkolonie, eine von den kolonialen „Provinzen,“ wie Bismarck sie 1884 entschieden nicht wollte. Die Neu-Guineakompagnie fing mit reichen Mitteln, einer klugen, intelligenten, weitblickenden Leitung und einer großen patriotischen Ausdauer an. Aber schließlich mußte auch ihr Leiter, der jüngst verstorbene Geheimrat von Hansmann, erklären, daß es nicht Aufgabe einer Kolonialgesellschaft sei, zu regieren oder Regierungsgewalt auszuüben. Ihre Aufgaben könnten nur wirtschaftlicher, nie regiminaler Natur sein, solche lägen dem Staate ob. So ist auch Neu-Guinea Kronkolonie, „Provinz,“ geworden.

Das Bismarckische Programm von 1884 setzte bei der Kaufmannschaft sehr große Mittel und vor allem den Erwerb von Gebieten voraus, die Pflanzen- oder Bodenprodukte in außerordentlicher Fülle enthalten, endlich auch ein Zeitalter, wo die Verkehrswege noch in den Anfängen stehn, und die Ausbeutung jener Schätze ein gewinnbringendes Monopol bedeutet. Von alledem ist heute in der Welt überhaupt nicht mehr die Rede, am wenigsten in den Gebieten, die Deutschland zugefallen sind. In Ostafrika müssen Ausfuhrprodukte aus der Pflanzenwelt — Kaffee, Kakao usw. — erst mühsam herangezüchtet werden, Bodenschätze werden unablässig gesucht und niemals gefunden; in Neu-Guinea ist daselbe der Fall. Da ist es freilich den Kolonialgesellschaften nicht zu verargen, wenn sie ihre Mittel auf die wirtschaftliche Erschließung beschränken und alle Belastungen mit Staatshoheitsrechten und -Pflichten: Rechtspflege und Verwaltung, Polizei, Vermessung, Sanitätswesen, militärischen Schutz, Strafexpeditionen usw. weit von sich abweisen. Als die Engländer und die Niederländer zu solchen Unternehmungen auszogen, standen sie fast konkurrenzlos in der Welt. Die kühnen Unternehmer brauchten nur zuzugreifen, ihr Wagnis brachte ihnen schnell reichen Gewinn, jeder Erdteil lebte für sich abgeschlossen, und die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit ihrer fieberhaften intensiven und expansiven Entwicklung waren noch nicht vorhanden.

Was Deutschland bisher an Kolonien zugefallen ist — das vermag sich nur zu entwickeln, wenn der Privatmann seine Mittel ausschließlich, sei es für den Farmbetrieb, sei es für die Gewinnung von Handelswerten, anlegt, aber der Hafens-, Straßen- und Eisenbahnbau, der Schutz, die Errichtung von Schulen

und öffentlichen Gebäuden, die Rechtspflege und die Verwaltung — das muß dem Reich verbleiben, und je reichlicher das Reich sich auf diesem, seinem eigensten Staatshoheitsgebiet betätigt, desto mehr wird das der Kolonie zugute kommen. Es ist unserm großen Reichskanzler in diesen grundlegenden Fragen der Kolonialpolitik so ergangen wie in seinen letzten Lebensjahren mit der Flotte, als er immer nur von Kreuzern wissen wollte, die den deutschen Handel und die Kolonien schützen, die feindlichen im Notfalle bedrohen sollten. Erst spät hat er sich noch den Erwägungen gefügt, daß die Kreuzer ohne Rückhalt an einer Schlachtflotte ebenso bald ausgespielt haben würden, wie vorgeschobne Reiterabteilungen im feindlichen Lande, denen keine größern Heeresmassen folgen.

Aber bei den neuen Anfängen deutscher Kolonialpolitik ist auch noch etwas Weiteres unbeachtet geblieben, nämlich daß sich Handel und Kolonisation, mögen sie ehemals aufeinander angewiesen gewesen sein, längst getrennt und sich ihren voneinander grundverschiednen Aufgaben zugewandt haben. Bismarcks Programm betont wesentlich den Schutz der Handelsinteressen, der bestehenden oder der zukünftigen überseeischen Faktoreien, als kolonialpolitische Aufgabe. Heute sind Kolonial- und Handelspolitik ganz verschiedene, eigentlich entgegengesetzte Dinge. Die Kolonialpolitik für die deutschen Schutzgebiete wird noch auf lange Zeit schutzöllnerisch bleiben müssen, während der Großhandel immer freihändlerisch sein und deshalb für kolonialpolitische Unternehmungen wenig übrig haben wird. Daher auch die begreifliche Zurückhaltung der Hansastädte, wo noch heute die Mehrzahl der großen Handlungshäuser kolonialen Bestrebungen kühl oder ablehnend gegenübersteht. Auf Handelsunternehmungen läßt sich jetzt eine Kolonialpolitik nicht mehr aufbauen. Der Handel ist heute nicht mehr imstande, seine Mittel in Unternehmungen festzulegen, die erst nach vielen Jahren möglicherweise einen Gewinn in Aussicht stellen. Auf die großen Handlungshäuser der Hansastädte können wir also in unsern Kolonien erst rechnen, wenn diese ihnen einen gesicherten Gewinn aus wirklichen und großen Umsätzen zu bieten vermögen. In Kamerun und Togo scheint sich dieser Zeitpunkt zu nähern.

Bedingung dieser Möglichkeit aber ist eine zuverlässige Sicherheit, unter deren Schutz die sehr mühevollen Arbeit des Farmers oder des Faktoreibesizers langsam reifen und gedeihen kann. Wo dieser Schutz auch nur einmal versagt oder durchbrochen wird, wie jetzt in Südwestafrika, ist die Arbeit in der Regel auf Jahre hinaus vernichtet, und die aufgewandten Mittel sind verloren. Die jetzigen Vorgänge dort enthalten eine ernste Lehre.

So wie bisher kann es weder in Südwestafrika noch in den andern Kolonien weitergehn. Diese zaghafte, unlustige, von einem Jahre zum andern aufschiebende Methode schafft keine Werte, sondern vernichtet sie. Wir leiden hier an den Folgen der anfänglichen unrichtigen Instradierung unsrer Kolonialpolitik, die der Ansicht zuneigte, daß die Verwaltungskosten der „Schutzgebiete“ von den regierenden Handelsgesellschaften bestritten werden würden, und das Reich wenig oder keine Kosten davon haben dürfe. Damit ist von vornherein im Reichstage eine für alle Bewilligungen ungünstige Stimmung erzeugt, richtiger

vielleicht die vorhandne ungünstige Stimmung, die sich 1880 in der Ablehnung der Samoavorlage betätigt hatte, als solche befestigt worden. Daher kommt es auch, daß die Kolonialetats mit Positionen bepackt worden sind, die gar nicht dahin gehören, wie z. B. die gesamten militärischen Ausgaben. Aus den „Schutzgebieten“ mit losen Handels-, Freundschafts- und Protektoratsverträgen sind Provinzen des Reichs geworden, für die das Reich die vollen Pflichten zu tragen hat. Die erste Pflicht ist aber die Sicherung, namentlich den Eingebornen gegenüber, über die das Reich die herrschende Macht, die Übermacht unausgesetzt behaupten muß. Was heute in Südafrika geschehen ist, kann sich morgen bei den volkreichen Stämmen des Hinterlandes von Kamerun wiederholen, auch dort ist ein viel stärkerer Schutz, ist eine wesentlich festere Fundamentierung der deutschen Herrschaft nötig. Als Spielzeug sind die Kolonien zu teuer, als Provinzen des Reichs ausgebaut, gepflegt und gehütet, werden sie sich bezahlt machen.



## Wo bleiben wir?



n Asien scheinen die großen Gegensätze zu einer Entscheidung zu drängen. Rußland ist in Zentralasien bis an den Fuß der iranischen Randgebirge vorgerückt, im Osten bis ans Gelbe Meer; mit der sibirischen Eisenbahn hat es sich eine neue unangreifbare Welthandels- und Militärstraße geschaffen, und zugleich hat es sozusagen in aller Stille eine mächtige Flotte aufgestellt und damit nicht nur das Ergebnis des Krimkriegs bis auf die letzte Spur zerstört, sondern auch einen Anteil an der Herrschaft des Großen Ozeans gewonnen, wo früher allein die englische Flagge gebot. Auf dieser ganzen ungeheuern Linie, vom Persischen Golf bis an das Gelbe Meer, stößt es überall mit England zusammen, das von Indien aus Iran und Tibet unter seinen Einfluß zu bringen sucht und mit eiferfüchtiger Sorge über China wacht. Zugleich hat Rußland, indem es die Hauptpläze des zentralasiatischen Islams in seine Hände gebracht hat, den weißen Zaren, den Ak Badischah, neben dem Sultan und Khalifen in Konstantinopel zum Schutzherrn der Mohammedaner erhoben, also der in ganz Westasien herrschenden Weltreligion, und wenn England, das in Indien schon viele Millionen Buddhisten beherrscht, mit Tibet auch den Dalai-Lama irgendwie in seine Gewalt bekommen sollte, dann würde es für den Buddhismus, der in Ostasien dominiert und dreihundert Millionen Bekenner hat, in eine ähnliche Stellung einrücken, wie der Zar den Mohammedanern gegenüber. Hinter diesen beiden europäisch-asiatischen Großmächten tritt Frankreich weit zurück, obwohl es den größten Teil der hinterindischen Halbinsel direkt oder indirekt in seiner Hand hat; dafür haben die Vereinigten Staaten mit starker Faust über den Großen Ozean nach Ostasien herübergegriffen, und sie drohen im Wettkampf um die wirtschaftliche Vorherrschaft dort der gefährlichste Gegner der europäischen Mächte zu werden. Zwischen diesen drei erdum-